



CAJUS CAESAR MdB -
LIPPE IN GUTEN HÄNDEN

BERLIN-REPORT

NACHRICHTEN AUS BERLIN FÜR LIPPE



Liebe Leserin, lieber Leser,

herzlich Willkommen zu meinem ersten Berlin-Report in 2013. Ich wünsche Ihnen allen ein glückliches, erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr.

Die erste Sitzungswoche in diesem Jahr war gleich gespickt mit vielen Debatten und Entscheidungen. Außerdem fiel Donnerstag der Startschuss zur Internationalen Grünen Woche. Zu diesem Anlass sind Mitglieder des landwirtschaftlichen Vereins Extertal-Nordlippe nach Berlin gereist. Über deren Besuch bei mir im Bundestag habe ich mich sehr gefreut.

Mit Spannung gucke ich natürlich am Sonntag in unser Nachbarbundesland Niedersachsen. Die CDU liegt weit vor allen anderen Parteien. 78% der Niedersachsen glauben, dass David McAllister der bessere Ministerpräsident ist. Davon bin auch ich felsenfest überzeugt. Der niedersächsische Erfolg der letzten Jahre ist Beleg genug dafür. Ich bin sicher, dass die CDU in Niedersachsen ihre hervorragende Arbeit auch nach der Wahl fortsetzen kann.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und freue mich auf Anregungen, Lob oder Kritik.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Cajus Caesar



1. CDU wird Erfolgskurs fortsetzen

CDU und CSU haben das Jahr 2013 mit klaren politischen Botschaften begonnen. So hat der CDU-Bundesvorstand in seiner „*Wilhelmshavener Erklärung*“ aufgezeigt, wie die Union weiter gemeinsam für ein starkes Deutschland arbeiten will. Zusammenhalt, generationengerechte Finanzen, eine stabile Währung, gute Bildung und exzellente Wissenschaft, ein wettbewerbsfähiger Mittelstand, moderne Infrastruktur und starke Kommunen sind nur einige der Stichworte auf unserer Agenda. Und die Konkurrenz? Scheitert zunehmend an der Realität. Wer sich wie die SPD auf Klausurtagungen vor allem um Imageprobleme und Umfragewerte des eigenen Kandidaten kümmert, hat eben keine Zeit für konkrete politische Arbeit. Heraus kommen allenfalls unbezahlbare Wunsch-Dir-Was-Papiere, früher eine Domäne der Grünen. Die versuchen währenddessen nicht aufzufallen und so ihre mittelstands- und familienfeindlichen Parteitagsbeschlüsse hinter einer schein-bürgerlichen Fassade zu verstecken.

2. Steuerpläne der SPD

Die aktuellen Steuerpläne der SPD zeigen ihren Widerspruch zwischen Worten und Taten: Wer im Dezember das fertig ausgehandelte Steuerabkommen mit der Schweiz ablehnt und im Januar kaum brauchbare Vorschläge zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung vorlegt, versucht sich nicht ernsthaft an der Lösung der Probleme unseres Landes. Nicht auf wohlfeile Papiere kommt es an, sondern auf Taten. Wir jedenfalls sind nicht bereit, Milliarden un versteuerten Geldes in der Schweiz liegen zu lassen, so wie SPD und Grüne es gegen jede Vernunft im Vermittlungsausschuss beschlossen haben. Zurückweisen werden wir auch die rein ideologischen Veränderungen am Jahressteuergesetz. Wer hier kleinkarierte Spielchen treibt und Verfassungsurteilen vorgreifen will, kann mit unserem Verständnis nicht rechnen.

3. Besuch des landwirtschaftlichen Vereins Extertal-Nordlippe

Die Extertaler Landwirte sind seit Donnerstag anlässlich der Grünen Woche in Berlin. Auch mir haben sie im Bundestag einen Besuch abgestattet. Wir haben ein lebhaftes Gespräch zu Themen der Land- und Forstwirtschaft geführt und auch über lippische Anliegen gesprochen, für die ich mich in Berlin mit Herzblut einsetze. Vielen Dank an meine erste Besuchergruppe im neuen Jahr – es war auch für mich wie immer sehr interessant und motivierend.





4. Jahreswirtschaftsbericht 2013

Aller Voraussicht nach wird sich die deutsche Konjunktur trotz des schwierigen Umfelds auch dieses Jahr wieder als robust aufwärts gerichtet erweisen. Aufgrund der positiven Entwicklung der verfügbaren Einkommen spielen die privaten Konsumausgaben und die privaten Wohnungsbauinvestitionen eine tragende Rolle. Der Beschäftigungsrekord von 2012 wird nach Projektion des Jahreswirtschaftsberichts noch einmal geringfügig überboten und die Bundesregierung wird das Ziel der Schuldenregel, ein strukturelles Defizit von höchstens 0,35% des Bruttoinlandsprodukts, bereits in diesem Jahr einhalten - also drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgeschrieben. Das setzt voraus, dass wir Erreichtes nicht aufs Spiel setzen und uns weiter anstrengen.

5. Unser Berufsbildungssystem – Versicherung gegen Jugendarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel

Neben den soliden Rahmendaten der deutschen Wirtschaft ist das duale Berufsbildungssystem ein wichtiger Grund für die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Wir fordern die Bundesregierung daher dazu auf, dieses System weiter zu verbessern. So soll das Angebot an Ausbildungsbausteinen über die bestehenden 14 Ausbildungsberufe hinaus erweitert werden. Wir wollen weiterhin erreichen, dass das Programm zur Förderung von Bildungsketten so ausgebaut wird, dass möglichst viele Schüler eine Berufsorientierungsmaßnahme durchlaufen können. Nicht zuletzt fordern wir die Bundesregierung dazu auf, in Europa darauf hinzuwirken, dass nicht eine zwölfjährige Mindestschulzeit für bestimmte Ausbildungsberufe erzwungen wird.

6. Mein Einsatz für einen Reformprozess in der Finanzmarktregulierung

Die Abgeordneten meiner Bundestagsfraktion bekennen sich in einem Antrag, den ich mit initiiert habe, den Reformprozess in der Finanzmarktregulierung weiter entschieden vorantreiben zu wollen. Im Einzelnen wollen wir uns dafür einsetzen, dass kein Aspekt der Finanzmärkte ohne ausreichende Regulierung und Aufsicht bleiben darf, dass bei den Reformen Qualität vor Schnelligkeit gehen muss, dass zeitnah ein gesetzliches Regelwerk für Sanierungs- und Abwicklungsplanungen für in Krisen geratenen Institutionen umgesetzt wird und dass die Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene vorangetrieben und ausgeweitet wird.

Die Bundesregierung hat bereits eine Reihe von Reformen zur Regulierung der Finanzmärkte und für eine verbesserte Transparenz im Finanzsektor angestoßen. Dazu zählt die Zulassungspflicht für Manager von Investmentfonds ab Juli 2013, die Registrierungspflicht für Ratingagenturen seit 2010, eine stärkere Bankenaufsicht durch höhere Geldstrafen, eine Anhebung des Kernkapitals für Banken auf über 9% seit Juli 2012 sowie strengere Eigenkapitalvorschriften für europäische Banken durch Basel III. Seit 2010 bestehen darüber hinaus verschärfte Regelungen für die Vergütung von Managern bei Banken und Versicherungen, Verbote für ungedeckte Leerkäufe und die Einführung von Mindestqualifikationen für Anlageberater. Es soll dadurch künftig möglich werden, Banken geordnet ausscheiden zu lassen, ohne dass das gesamte System dadurch gefährdet wird.

7. Unsere Kanzlerin Angela Merkel setzt sich für die Belange der Arbeitnehmer ein

In einem 90-minütigen Gespräch hat sich Angela Merkel mit den Spitzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über aktuelle Themen ausgetauscht – etwa den Mindestlohn, Altersarmut oder lebenslanges Lernen. Die Kanzlerin möchte in Zukunft auch den von Gewerkschaftsseite lang monierten Missbrauch von Arbeitnehmern durch Werkverträge untersuchen lassen. Hier bestünden Umgehungsversuche für vernünftige tarifliche Abmachungen. Auch ich setze mich in meiner täglichen Arbeit in Berlin für die Belange der Arbeitnehmer ein. Mir ist vor allem der allseitige Ausgleich zwischen Arbeitnehmern und mittelständischen Unternehmen wichtig, die vor allem für Lippe von großer Bedeutung sind. Durch die Arbeit der CDU-geführten Bundesregierung sind allein in dieser Wahlperiode insgesamt rund 4 Millionen Arbeitnehmer in Beschäftigungsverhältnisse eingetreten, die einen sektoralen Mindestlohn vorsehen. Zu Zeiten von rot-grün sah dies noch anders aus: Keine Regelung der Sozialdemokraten und Grünen hat Arbeitnehmern einen Job mit Mindestgehalt eingebracht.